Der Rote Hahn

FRANKFURTER INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE.

Ausgabe 02.2012 SPENDENBEITRAG AB 50 CENT

Niemals wieder!

Durch SS-Schergen, während der Evakuierung des Konzentrationslagers Ohrdruf in Thüringen, ermordete Menschen
Quelle: Patricia Mark, United States Holocaust Memorial Museum

Aufruf zur Blockade des Neonazi-Aufmarsches in Frankfurt (Oder) am 24. März 2012

Neonazis wollen in Frankfurt (Oder) aufmarschieren. Wir stellen uns dem entschlossen entgegen!

Mit der Demonstration unter dem Motto "Raus aus der EU und Grenzen dicht!" versuchen die Neonazis, Ressentiments gegenüber Europa und vor allem gegenüber Polen aufzugreifen und Ängste zu schüren. Hinzu kommt, dass im Aufruf der Demonstration der Nationalsozialismus verherrlicht wird. Rassistischen Vorurteilen muss ein deutliches Zeichen der Solidarität entgegengesetzt werden! Als Redner für den Aufmarsch ist der führende NPD-Funktionär Udo Pastörs angekündigt. Mit der Demonstration kommt es zu einem Schulterschluss zwischen der rechten Partei und der militanten Kameradschaftsszene. Für die Demonstration mobilisiert insbesondere die neonazistische Kameradschaft "Freundeskreis Nordbrandenburg". Diese ging aus der „Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim" hervor, die sich 2010 angesichts des zivilgesellschaftlichen Drucks sowie der erfolgreichen Proteste und Blockaden des Bündnisses Brandenburg Nazifrei auflöste.

Frankfurt (Oder) weiterhin kein Ort für Neonazis!

Menschenverachtendes Gedankengut darf nicht auf die Straßen Frankfurts getragen werden. Wir stellen uns offensiv einer Ideologie entgegen, die Menschen als nicht gleichwertig erachtet. Wir akzeptieren nicht, dass Menschen als ethnisch, sexuell, religiös oder anderweitig als anders markiert, diskriminiert, ausgegrenzt und angegriffen werden. Wir setzen den Neonazis eine demokratische und antifaschistische Kultur entgegen! Das Bündnis „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)" besteht aus unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen der Städte Frankfurt (Oder) und Slubice und des Landes Brandenburg. Hier finden Bürger_innen sowie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, antifaschistische Initiativen und Vereine ihren Platz. Gemeinsam werden wir am 24. März den Neonaziaufmarsch mit friedlichen Massenblockaden verhindern. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, sich dem Neonaziaufmarsch entgegenzustellen. Zahlreiche Beispiele der Vergangenheit zeigen, wie erfolgreich Menschen ein Zeichen gegen Rechts setzen können, indem sie gemeinsam zivilen Ungehorsam leisten. Wir sehen uns in der Tradition von Städten wie Bernau, Strausberg, Neuruppin, Berlin, Warschau und Dresden. Auch an diesen Orten wurden rechte Aufmärsche durch das beherzte Engagement von Bürger_innen verhindert.

Gemeinsam können wir den Neonaziaufmarsch in Frankfurt (Oder) verhindern! Frankfurt (Oder) darf kein Ort für Nazis sein!

Bündnis „Kein Ort für Nazis in Frankfurt (Oder)"

Unterstützerinnen und Unterstützer des Aufrufes: Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC) Frankfurt (Oder) - Arbeitsstelle für evangelische Kinder- und Jugendarbeit im Kirchenkreis An Oder und Spree - autonome antifa frankfurt (oder) - DIE LINKE. Frankfurt (Oder) - dielinke.SDS Viadrina - Grüne Hochschulgruppe Viadrina - KINDERVEREINIGUNG MIT KINDERN FÜR KINDER e.V. - Słubfurt e.V. - Studierendenparlament der Europa-Universität Viadrina - Utopia e.V. - VVN-BdA Frankfurt (Oder) e.V. - Peter Hauptmann - Helmuth Scholz (Mitglied des Europäischen Parlaments, DIE LINKE) - Elisabeth Schroedter (Mitglied des Europäischen Parlaments, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) - Thomas Nord (Mitglied des Bundestags, Fraktion DIE LINKE) - Kerstin Meier (Mitglied des Landtags Brandenburg, Fraktion DIE LINKE) - Axel Henschke (Mitglied des Landtags Brandenburg, Fraktion DIE LINKE) - René Wilke (Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder)) Frank Heck (Wahlkreismitarbeiter Kerstin Meier, MdL, DIE LINKE) - Frank Hühner

Weitere Themen

Aktuelle Informationen auch im Internet unter **www.dielinke-ffo.de**

Gedanken zum Landesparteitag **Seite 2**

Internationaler Frauentag **Seite 5**

Vorstellung des Minibuches "Lebenszeiten" **Seite 7**

"Karl Liebknecht Gymnasium" den Namen in Ehren halten **Seite 10**

Der Rote Hahn

INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER)

AUSGABE 02.2012 SPENDENBEITRAG AB 50 CENT

20 Jahre Brückenfest
FRANKFURT (ODER) 1.MAI 2012

Kommentar

Politisch blind

Herr Dobrindt von der CSU fordert auf verschiedenen Fernsehkanälen ein Verbot unserer Partei DIE LINKE. Man kann seine Forderung im Sinne der Überschrift politisch blind, hirnrissig oder einfach nur dumm nennen und zur Tagesordnung übergehen.
Doch so einfach sollten wir es uns nicht machen. Wie sind die Fakten?
Nicht ein Ziel unseres Parteiprogrammes unserer Partei DIE LINKE verstößt gegen das Grundgesetz. Unsere Zielstellung des demokratischen Sozialismus als strategische Aufgabe hat überhaupt nicht den Anschein von Demokratie-Feindlichkeit.
Deshalb: Für ein Verbot unserer Partei gibt es weder politische noch rechtliche Gründe und keine Handhabe. Ebenso nicht für eine Überwachung von Abgeordneten und der Partei als Ganzes, wie sie Dobrindt forderte, durch den Verfassungsschutz.
Übrigens, alle 70.000 Mitglieder zu überwachen, wird auch für den Verfassungsschutz kaum machbar sein.

Mir fällt bei so viel Realitätsferne wie bei Herrn Dobrindt das geflügelte Wort ein:
Aus einem Spucknapf frisst man nicht!

Erik Rohrbach

Gedanken zum Landesparteitag

Fotos: DIE LINKE. Brandenburg

Herzlicher Dank an Thomas Nord und Glückwünsche zur Wahl an Stefan Ludwig als Landesvorsitzender DIE LINKE

Mit großem Interesse habe ich unseren Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Wort und Bild verfolgt. Um es gleich auf den Punkt zu bringen, für unsere politische Arbeit in Frankfurt (Oder) gab es vielfältige Anregungen mit Langzeitwirkung.

Aber, um auch das mit der notwendigen Klarheit zu sagen, eine völlig neue Linie brauchen wir keineswegs für uns. Das ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass wir mit unserem Beschluss zur Umsetzung der Parteireform, mit unserem auf dem Kreisparteitag beschlossenen Dokument in Form unseres Leitantrages und der Kooperationsvereinbarung einen klaren Kurs haben. Und, auf unserer letzten Gesamtmitgliederversammlung hat uns Thomas Nord zur Landespolitik und unserer Regierungsbeteiligung gut „eingenordet“.

Wir müssen nur, das ist gleichzeitig der Anspruch, das von uns richtig Beschlossene umsetzen. Oder, immer wieder neu über die Erwartungshaltung an unsere Partei diskutieren und um die besten Lösungswege streiten. Besonders mit unseren Wählern im Dialog darüber sprechen wofür DIE LINKE steht und was sie von und mit uns erwarten können. Ich bleibe bei meinem hier im Roter Hahn, bei öffentlichen Auftritten im Auftrage unserer Partei und in Gesamtmitgliederversammlungen schon mehrmals geäußerten Standpunkt: Unsere frühere PDS-Losung „Wir sind die Partei für alle Tage, nicht nur die Wahltage“, bleibt unser Anspruch zum Handeln. Das bedeutet, mit unseren Politikangeboten in die Offensive zu gehen und uns zu keiner Zeit dem herrschenden Zeitgeist anzupassen. Die LINKE wird doch vor allem deshalb gewählt, weil die Menschen von uns wissen wollen, wofür unsere Partei eintritt, was wir wollen und vor allem, sie uns vertrauen.

So verstehe ich auch den Landesparteitag in Umsetzung unseres Parteiprogrammes als Aufforderung, unsere politischen Ziele nicht schamhaft zu verstecken, ständig Rücksicht auf unsere Regierungsbeteiligung zu nehmen oder unsere politischen Mitbewerber zu schonen, -das ist nicht angebracht.

Ich erlebe bei Gesprächen immer wieder aufs Neue, viele Mitmenschen, selbst jene, die zu DDR-Zeiten kaum politisch aktiv waren, kommen mit mir zu der Einschätzung, das, was wir jetzt haben, kann doch nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Es muss etwas Anderes geben. Dieses Andere haben wir doch mit unserem Parteiprogramm klar benannt. Für unser Land Brandenburg, so verstehe ich den Landesparteitag in Blossin, ist der Leitantrag „Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig“, unser Beitrag, das Parteiprogramm mit Leben zu erfüllen. Um nicht falsch verstanden zu werden, natürlich gab und gibt uns der Landesparteitag viele neue Denkanstöße und Aufgaben, besonders zur Gewinnung neuer Mitglieder, weil wir eine Mitgliederpartei und nicht nur eine Wahlpartei bleiben wollen. Da müssen wir in unserem Kreisverband mehr als in der Vergangenheit tun.

Vor allem sehe ich uns in der Pflicht, in unseren Basisgruppen darüber zu sprechen, was jedes Mitglied tun kann und was wir erwarten, die Beschlüsse des Landesparteitages und unseren eigenen Leitantrag umzusetzen. Das geht mit der Frage einher, auch trotz aller mir aus den Basisgruppen bekannter Probleme, hat jeder Genosse schon seinen ihm möglichen persönlichen Auftrag , der ihn fordert? Gerade mit dem Blick auf unser 20. Brückenfest am 1. Mai ist das unerlässlich. Mir ist klar, das erfordert viel politische Kleinarbeit. Was übrigens gegenüber anderen Parteien auch ein“ Markenzeichen „ unserer Partei ist und – bleiben sollte.

Ein bekanntes Sprichwort lautet: „Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzten kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft“ In diesem Sinne gläubig zu werden, steht uns gut zu Gesicht.

Erik Rohrbach

Termine

03. März
Tag des Artenschutzes

05. März
*** Rosa Luxemburg (1871)**

06./13./20./27. März, 10:00 Uhr
Sitzungen des Geschäftsführenden Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle

08. März
Internationaler Frauentag

15. März
Welt-Verbraucher-Tag

04. Februar
Welt-Krebs-Tag

14. März
† Karl Marx (1883)

18. März
Bundesweiter Aktionstag für die Freiheit von politischen Gefangenen

19. März, 16:00 Uhr
Sitzungen des Kreisvorstandes
Kreisgeschäftsstelle

20. März
Internationaler Kinder- und Jugendtheatertag

21. März
Internationaler Tag gegen Rassismus

21. März
Internationaler Tag des Waldes

21. - 22. März
Landtagssitzung
Plenarsaal im Brandenburger Landtag, Potsdam

22. März, 15:00 Uhr
Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal

22. März, 10:00 Uhr
Beratung der AG Senioren
Kreisgeschäftsstelle

22. März
Welt-Wasser-Tag

27. März
Welttag des Theaters

29. März
Regionalkonferenz Kreisverbände Frankfurt (Oder), Märkisch-Oderland und Oder-Spree
Ort und Uhrzeit stehen noch nicht fest und werden später bekannt gegeben

31. März
Earth-Hour

31. März, 09:00 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
Lennéschule, Richtstraße 13, Hansa Nord

Termine

02. April
Internationaler Kinderbuchtag

07. April
Tag des Genozid in Ruanda

07. April
Weltgesundheitstag

12. April
Weltraumflug von Juri Gagarin (1961)

14. April
10. Brandenburger Zukunftstag für Mädchen und Jungen (Girls Day)

16. April
*** Ernst Thälmann (1886)**

Weitere Informationen unter:
www.dielinke-ffo.de

kurz & knapp

Wissenswertes rund um das geschriebene Wort unserer Genossinnen und Genossen

- Die vorliegende Ausgabe des Roten Hahns ist das 15. Informationsblatt unseres Kreisverbandes DIE LINKE in einem Mehrfarbendruck. Dank und Anerkennung des Kreisvorstandes und der ehrenamtlichen Redaktion gebührt dafür besonders Willi Wallroth für sein ideenreiches Wirken für unseren Roten Hahn. In der Dezemberausgabe hatten wir uns „verzählt“ und unser Mini-Jubiläum bereits vorgezogen. Wir bitten um „Nachsicht“.
- Vielen Dank sagt die ehrenamtliche Redaktion erneut Herrn Heinz Sternberg, der uns ständig mit Bildmaterial vom öffentlichen Wirken unserer Partei versorgt, auch wenn es nicht möglich ist, alle Fotos zu veröffentlichen.
- Genosse Gerhard Stockenberg, bereits Autor von zwei eigenen Miniaturbüchern und im 92. Lebensjahr, hat dem Kreisvorstand mitgeteilt, bereits an seinen Editionen drei und vier zu arbeiten. Eine bewundernswerte Leistung des Autors!
- Auf der Jahreshauptversammlung des Freundeskreises Miniaturbuch Berlin e.V. wurde Erik Rohrbach für seine langjährige Tätigkeit in diesem Verein besonders dafür gedankt, viele Frankfurter Autoren bei der Gestaltung und Herausgabe eigener Miniaturbücher unterstützt zu haben.
- Zur langfristigen Terminplanung der Autoren unseres Brückenfest-Miniaturbuches:
- Die Veranstaltung zur Vorstellung und Übergabe dieser Edition, findet am Sonntag, dem 29. April 2012, 9:30 Uhr, im Restaurant des Hotels „Zur Alten Oder“ statt. Der Inhaber, Herr Hartmut Kohn und seine Gattin freuen sich schon sehr, die mehr als 30 Autoren und Gäste herzlich begrüßen zu können.

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag im Monat März 2012, gratulieren wir sehr herzlich:

Rutham Kalz am 03.03. zum 83. - **Gerhard Heine** am 05.03. zum 82. - **Werner Schunke** am 07.03. zum 76. - **Ilse Thiel** am 09.03. zum 85. - **Elisabeth Krüger** am 11.03. zum 89. - **Gisela Fechner** am 12.03. zum 75. - **Joachim Herrmann** am 12.03. zum 79. - **Inge Schlecht** am 12.03. zum 79. - **Erwin Stabenow** am 17.03. zum 79. - **Gerda Dittmar** am 19.03. zum 78. - **Annelies Koch** am 20.03. zum 78. - **Helga Siedow** am 21.03. zum 77. - **Ursula Lägel** am 22.03. zum 79. - **Karl Schulz** am 22.03. zum 85. - **Wofgang Klaus** am 23.03. zum 82. - **Siegfried Paetzel** am 24.03. zum 77. - **Fritz Kühn** am 26.03. zum 93. - **Roland Illig** am 27.03. zum 87. - **Christa Drechsel** am 29.03. zum 79. - **Klaus Klasen** am 30.03. zum 82. - **Horst Usenbinz** am 30.03. zum 82.

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Eine nazistische Bande, die über zehn Jahre quer durch Deutschland neun Morde und andere Gewaltverbrechen unbehelligt begangen hat, erregt nun bereits seit einem Vierteljahr die Gemüter von Politikern aller Parteien, die Medien und die Öffentlichkeit. Die Bundesregierung hat jedoch bisher wenig Fassbares zur Aufklärung der diese Verbrechen begünstigenden Umstände, geschweige zu einer wirksamen Bekämpfung von Neonazismus und Rechtsextremismus auf den Weg gebracht. Bisher werden fünf in Untersuchungshaft befindliche Personen einer Unterstützung der Mörder beschuldigt.

Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich meint, mit der Anlage einer zentralen Kartei für Rechtsextremisten dem Neonazismus begegnen zu können. Eine Arbeitsgruppe, der die Verantwortlichen für die nicht erfolgte Ermittlung der Mörderbande angehören, ist für die Ursachenfindung wohl kaum geeignet. Im Bundestag und im Thüringer Landtag soll nun endlich ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden. Eine Arbeitsgruppe der Innenminister der Länder hat ein halbes Jahr Zeit, um vorzuschlagen, ob nun ein neuer Verbotsprozess gegen die NPD angestrengt werden soll oder nicht. Indessen setzen Neonazis, von den „Initiativen" des Bundesinnenministers Friedrich und des Verfassungsschutzes unbeeindruckt, ihr verbrecherisches Treiben fort. In Berlin hetzen und drohen Neonazis im Internet. Der Senat sieht sich rechtlich außerstande, etwas dagegen zu unternehmen. Überfälle auf Büros linker Abgeordneter gehören in Berlin und anderen Orten zur Tagesordnung. In Potsdam veranstalteten vermummte Neonazis einen Fackelzug. In Frankfurt (Oder) verübten am 27.12.2011 etwa fünfzig Neonazis verbale und tätliche Angriffe gegen Sportler und Fans des Vereins Tennis Borussia Berlin II. Schon traditionell marschierten Neonazis am 13. Februar wieder durch Dresden. Für den 24. März 2012 haben Neonazis in Frankfurt (Oder) eine Demonstration angemeldet. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht rechtsextremistische Gewalttaten – bundesweit - bekannt werden. Es muss doch nachdenklich machen, dass während die Überwachung von Funktionsträgern der Partei Die Linke, die den Kampf gegen Nazismus und Rechtsextremismus in ihrem Programm geschrieben hat, gut funktioniert, der Verfassungsschutz sich gegenüber Neonazismus nicht nur zurück hält, sondern sie über die Finanzierung sogenannter V-Leute sogar fördert.

Seit Monaten reden Politiker von CDU/CSU und FDP sprichwörtlich „um den heißen Brei" herum. Peter Frisch, einst Nr. 1 im Verfassungsschutz, hat in einer TV-Sendung vielleicht ungewollt, die Wahrheit gesagt. „Der Verfassungsschutz sei ein politischer Geheimdienst". Der im Land überall spürbare rechtsradikale neonazistische Sumpf hat eine lange ungebrochene Tradition.

Im Potsdamer Abkommen 1945 beschlossen die Siegermächte die vollständige Beseitigung des deutschen Faschismus und Militarismus mit allen Wurzeln. In den vier Besatzungszonen und ihnen nachfolgend in der BRD und der DDR musste der demokratische Neuanfang gleichermaßen mit einer Mehrheit von Menschen, die die Politik der Nazis unterstützt hatten sowie mit den aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernenden Naziaktivisten begonnen werden. Im Gegensatz zur sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR geschah in der BRD die Entlassung der Nazis aus den Ämtern und auch die juristische Verfolgung von Naziverbrechern sehr unwillig, zögernd und wurde bald eingestellt. Diese Tendenz wurde durch den zwischen den Alliierten beginnenden kalten Krieg gefördert. Für Juristen und andere Beamte galt, dass sie nach dem damals geltenden Recht gehandelt hätten. Verbrechen in den überfallenen Ländern fanden mit Befehlsnotstand ihre Begründung. So machte der erste Bundeskanzler Adenauer den Kommentator der Rassengesetze die Nazis Globke, den General Graf von Schwerin, Ritterkreuz mit Eichenlaub-Träger für Kriegserfolge in der SU und Gehlen, bewährter Geheimdienstgeneral zu seinen engsten Beratern. Vom Artikel 131 des Grundgesetzes abgeleitet wurden die „Rechtsverhältnisse von Personen, die am 8. Mai 1945 im Öffentlichen Dienst standen", durch Bundesgesetz neu geregelt. Schließlich gab Adenauer im Dezember 1952 im Bundestag eine Ehrenerklärung für die Wehrmacht und dann auf Nachfrage ausdrücklich auch für die Waffen-SS ab. Beides führte dazu, dass zahlreiche exponierte Nazis und belastete Offiziere der Wehrmacht sowie der SS, selbst solche, die von den Besatzungsmächten zeitweise interniert waren, in den Bundestag, die Landtage und in die Behörden, insbesondere in der Justiz, Polizei, Verfassungsschutz und Gehlen-Geheimdienst einzogen und oft führende Positionen bis zu ihrer Pensionierung inne hatten.

Aus der Fülle der Beweise sei nur angeführt, dass der Nazi Kiesinger es bis zum Bundeskanzler brachte. Hinrich Wilhelm Kopf, mit der Enteignung der polnischen Bevölkerung in der Lubliner Region befasst, Ministerpräsident in Niedersachsen wurde und SS-General Reinefarth, der Schlächter von Warschau, Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein und Bürgermeister sein durfte.

Viele ehemalige nazistische Funktionsträger waren in den etwa 200.000 Ermittlungsverfahren nach dem Verbot der KPD 1956 und mehreren tausend Gerichtsverfahren gegen Antifaschisten sowie etwa 3,5 Millionen Überprüfungen auf „Verfassungstreue", nach dem Radikalenerlass in den siebziger Jahren, als Juristen oder Beamte in der Polizei und dem Verfassungsschutz tätig. Natürlich gaben sie ihre Geisteshaltung an die jüngeren Jahrgänge in den Ämtern weiter. Unbestreitbar ist auch, dass in den zurückliegenden Jahrzehnten, bis in die Gegenwart, in einer Flut von Schriften, TV-Sendungen und Filmen die Verbrechen der Nazis relativiert, vertuscht und mit Ausnahme des Holocaust sogar geleugnet wurden. Aus Tätern wurden Opfer. Bis anfangs der neunziger Jahre beinhalteten Schulbücher Deutschland in den Grenzen von 1937. Der 8. Mai 1945 dokumentierte den Zusammenbruch und nicht die Befreiung vom Faschismus. In manchen Medien war er noch 2011, der Tag des Kriegsendes. Ein Thilo Sarrazin verbreitet unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit ungehindert rassistische Thesen in über eine Million verkauften Büchern sowie in gefüllten Sälen. Die SPD-Führung ist nicht bereit, sich von ihm zu trennen, da sie Wählerverluste in der gesellschaftlichen Mitte befürchtet. Neuerdings können Interessierte an Zeitungskiosken Originaltexte von Nazizeitungen, wie „Der Stürmer" und „Völkischer Beobachter!" bestellen. Die Verbreitung derartigen Gedankengutes bleibt nicht ohne Einfluss auf die Meinungsbildung, besonders in den jüngeren Generationen. Da braucht man sich nicht zu wundern, dass etwa 20 % der Deutschen latent antisemitisch sind. Fremdenfeindlichkeit um sich greift, Neonazis in Landtage gewählt werden und ihr braunes Fußvolk mit Terror „national befreite Zonen" schaffen will. Bundesinnenminister Friedrich sieht NPD und Linkspartei gleichermaßen extremistisch. Sein Amtskollege Ulbig in Sachsen hält Antifaschismus nicht als die richtige Antwort auf Neunazismus Der Generalsekretär der CSU Dobrindt fordert eine stärkere Beobachtung der Linkspartei und denkt über ihr Verbot nach. Derartige Äußerungen lassen befürchten, dass weder alle Zusammenhänge, zu den von Neonazis verübten Morden zur Aufklärung kommen werden, noch zukünftig wirksame Bekämpfung von Neonazismus und Rechtsextremismus erfolgen wird. Den Ausspruch von Bertolt Brecht: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" sollten wir ernst nehmen.

Horst Dahlmann

Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte.

Käthe Strobel

LIEBE MÜTTER
LIEBE SCHWESTERN
LIEBE TÖCHTER
LIEBE OMAS
LIEBE TANTEN
LIEBE COUSINEN
LIEBE NICHTEN
LIEBE KOLLEGINNEN
LIEBE MITARBEITERINNEN
LIEBE FREUNDINNEN
LIEBE NACHBARINNEN
LIEBE BÜRGERINNEN
LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN
LIEBE GEGNERINNEN
LIEBE FRAUEN

Internationaler Frauentag 2011 Ägypten | Quelle: Al Jazeera English unter CC BY-SA 2.0

Die besten Wünsche zum Internationalen Frauentag 2012

Politische Skandale

Zwei politische Skandale gleichen Ursprungs sind mir Anlass einer öffentlichen Meinungsäußerung.

TV-Nachrichten offenbarten, dass der Verfassungsschutz mindestens 27 Bundestagsabgeordnete und 11 Mitglieder von Landtagen aus den Fraktionen der Linkspartei beobachtet werden. Unter den Bespitzelten befinden sich Gregor Gysi, Gesine Lötsch und sogar die Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau. Macht sie ihr konsequentes Eintreten für die Beendigung deutscher Kriegsbeteiligung in Afghanistan, für die Beteiligung der Banken an den Krisenlasten, für die Abschaffung von Hartz IV und für die Bekämpfung des Neonazismus so gemeingefährlich? In Brandenburg können CDU und FDP, da sie nicht regieren, linke Persönlichkeiten nicht regierungsamtlich bespitzeln lassen.

Man weiß sich jedoch zu helfen, in dem mit Unterstützung einiger Medien eine ideologische Hetzjagd gegen Gerlinde Stobrawa, Axel Henschke und Hans Jürgen Scharfenberg entfesselt wird, obwohl die Jahn-Behörde nichts anderes liefern konnte, als die Fakten zu denen die Genannten sich stets ehrlich bekannten. Der CDU/CSU ist, ob auf Bundesebene oder im Land Brandenburg mit Hilfe des Verfassungsschutzes, der Jahn-Behörde und von Medien jedes Mittel recht, um den gesellschaftlichen Einfluss der Linkspartei zurück zu drängen. Nur darum geht es, um die neoliberale Politik der Umverteilung von unten nach oben, möglichst ungehindert fortsetzen zu können.

Neu ist das nicht. Seit Gründung der BRD ist der Kampf gegen Links Staatsräson und wird intensiver betrieben als gegen neonazistische Aktivitäten. Da hält vieles durchaus einem Vergleich mit der Tätigkeit des MfS, deren Mitarbeiter noch 20 Jahre nach der deutschen Einheit öffentlich verdammt werden, stand. Im Ergebnis wurden tausende Berufsverbote verhängt. In Bayern wurde dieser Erlass erst 1991 aufgehoben.

Die Methoden der staatlichen Gesinnungsschnüffelei ändern sich. Insbesondere werden sie, unter Ausnutzung moderner Kommunikationsmittel, effektiver. Die politisch kalkulierten Folgen sind Anpassung an den herrschenden Zeitgeist, Duckmäuser und Denunziantentum. Selbst die Überwachung von gewählten Abgeordneten wird als rechtsstaatlich erklärt. Dazu wird der Rechtsstaat „maßgeschneidert“. Angesichts derartiger gesellschaftlicher Zustände sind die Sonntagsreden der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Innenministers Hans Peter Friedrich, in denen sie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als höchste Güter beschwören, pure Heuchelei. Nicht linke Politiker, sondern Neonazis und der gegen sie inaktive Verfassungsschutz gefährden das Grundgesetz. Der Verfassungsschutz gehört aufgelöst.

Theo Plontasch

Redebeitrag von Hans Westphal auf der Gesamtmitgliederversammlung am 11.02.2012

Zur Landespolitik:

Ich denke und das sehen im Grunde auch die Genossen unserer BO so, dass unsere Minister in der Landesregierung eine ordentliche, meist nachvollziehbare Politik machen, aber zu wenig tun, das wirksam in die Öffentlichkeit tragen.

Das führt schließlich dazu, dass es anderen zugeschrieben wird, oder sie sich mit den Früchten unserer Regierungsarbeit schmücken können, wie man es oft in Gesprächen mit Bürgern feststellen kann.

Die Ergebnisse unserer Regierungsarbeit wurden in der Jahresbilanz 2011, die uns auf der letzten Regionalkonferenz zur Verfügung gestellt wurde, dargestellt. Leider erreichen solche Materialien die Menschen viel zu wenig. Ich halte es auch nicht für sinnvoll, dass in der Kurzfassung über das nicht erreichte nichts gesagt wird. Wir haben es doch nicht nötig, das der Öffentlichkeit vorzuenthalten, zumal wir das erklären können.

Die im ND veröffentlichten Ergebnisse einer Umfrage bestätigen das 62% in BB mit Regierungsarbeit zufrieden, aber 63 % wissen nicht, wer in BB regiert. Fast jeder dritte Befragte hatte keine Antwort auf die Erfolge der Regierungsarbeit parat.

Wenn wir das so zur Kenntnis nehmen, heißt das doch auch: Wir müssen in der Partei und in der Öffentlichkeit zu diesen Fragen unserer Politik stärker ins Gespräch kommen. Diese Feststellung ist nicht neu – ich erinnere nur an Renés Feststellung auf dem Neujahrsempfang : „ wir müssen das Vertrauen der Bürger in die Politik zurückgewinnen“ – wird uns aber mit dem Umfrageergebnis sehr deutlich vor Augen geführt.

Damit ist aber auch das „Wie“ verbunden. Über Erfahrungen, Formen und Methoden können wir nicht klagen. Aber wie weit reicht die Kraft, da schließe ich auch das Wissen ein - das ist schon eine ernsthafter zu stellende Frage.

Wenn wir Vertrauen in die Politik zurückgewinnen und dazu wieder stärker mit den Bürgern ins Gespräch kommen wollen, helfen uns weder Losungen noch Schlagworte oder Zeitungsüberschriften. Für das Gespräch ist in erster Linie Sachkenntnis und das Wissen um Zusammenhänge gefragt. – Früher nannten wir das „Hintergrundwissen“.

Und hierzu benötigen wir eine stärkere Unterstützung durch die Fraktion und den Landesvorstand!

Für die Stadtpolitik gelingt das dem Kreisvorstand im Zusammenhang mit der Fortschreibung der Kooperarionsvereinbarung schon gut.

Auch der auf dem KPT beschlossene Leitantrag bestätigt das. Für die Landespolitik fehlt uns das. Es werden meines Erachtens zu wenige Kenntnisse über Zusammenhänge, die zu bestimmten Entscheidungen führten, vermittelt, zumindest kommt hierzu an der Basis nicht viel an.

Vielleicht sollte man die Ausrichtung der Regionalkonferenzen, sie sind ja Fraktionsveranstaltungen – unter diesem Gesichtspunkt noch einmal bedenken.

Ralf Christoffers ist es in seinem Interview im Zusammenhang mit der „Energiestrategie 2030“ in der MOZ gelungen – zumindest soweit es im Rahmen dieser Publikation möglich war.

Größere Erwartungen habe ich in diesem Zusammenhang auch an den Landesvorstand.

Wir haben unsere Positionen zur Landespolitik im Wahlprogramm niedergeschrieben, sind damit in den Wahlkampf gegangen. Verständlicherweise haben wir nicht alle Positionen in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen können.

Die in die Koalition nicht eingegangenen Positionen der Partei spüre ich in der öffentlichen Debatte durch den LV ggf. auch Mitglieder der Fraktion zu wenig, obwohl sie doch Gegenstand der Parteipolitik bleiben müssen.

Ich vermisse oft auch deutlichere, offensivere Worte zu dem, was nicht geht, und warum. Bei manchen Themen müssen wir einfach aus einer bestimmten ängstlichen Verteidigung herauskommen, Unterstellungen nicht einfach so stehen lassen.

Einige Gedanken zu den Vorhaben unserer BO.

Nachdem wir uns im Herbst mit anderen BO zusammengeschlossen haben, zählt unsere BO jetzt 53 Mitglieder, von denen etwa zwei Drittel regelmäßig und aktiv am Leben der BO teilnehmen. Wir hielten es für notwendig, uns Anfang des Jahres mit Vertretern aller drei ehemaligen BO über die weitere gemeinsame Arbeit zu verständigen, und führten eine Aktivberatung durch.

Dabei spielten sowohl

- Organisationsfragen, wie Verteilung Roter Hahn, Organisation der Spendensammlungen und die Betreuung kranker und verhinderter Mitglieder,
- als auch inhaltliche Fragen eine Rolle. In diesem Prozess entstand auch unser Veranstaltungsplan.

Wenn auf dem KPT an den unzureichenden Aktivitäten unserer Abgeordneten in den BO Kritik geübt wurde, mag das zutreffend sein. Unsere Erfahrung ist, dass sie gerne kommen, wenn wir sie zu uns einladen!

Wir wissen bereits heute, mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten wir uns in diesem Jahr beschäftigen wollen und wen wir uns dazu als Gesprächspartner einladen wollen.

Damit haben wir bereits in den letzten Jahren gute Erfahrungen, damals in gemeinsamen BO-Versammlungen, gemacht. So haben wir u.a.

- Heinz Vietze zum Auftakt der Programmdiskussion,
- Stefan Ludwig,
- mehrmals Axel Henschke, Sandra Seifert und René Wilke

als Diskussionspartner begrüßen können, die uns vor allem wichtige Argumente für die politische Arbeit vermittelt haben.

In diesem Jahr werden wir mit

- Kerstin Meier am 27.2 über den Landesparteitag und die Arbeit im Landtag diskutieren,
- Von Thomas Nord haben wir zur Diskussion über den Bundesparteitag und seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter für den 2. Juli die Zusage erhalten
- und mit Helmut Scholz wollen wir uns über aktuelle Probleme der Europapolitik unterhalten.

Außerdem stehen Debatten zur Stadtteilarbeit, zur Einbeziehung von Sympathisanten in unsere Arbeit auf unserem Programm.

Für eine Veranstaltung zum Energiekonzept 2030 und zur Leitbilddebatte, zu denen wir auch Sympathisanten einladen wollen, fehlt uns noch ein kompetenter Gesprächspartner.

Schließlich findet, wie in den letzten drei Jahren, unsere Frauentagsfeier mit einem kulturellem Programm statt, zu der ebenfalls Sympathisanten eingeladen sind.

Wichtige Mitteilung der AG Senioren:

Unserer im letzten „Roten Hahn“ angekündigter Kabarettbesuch findet am Donnerstag, den 19. April 2012 statt und noch sind freie Karten zu erhalten. Wer also einen vergnüglichen Nachmittag mit dem neuen Programm der Oderhähne „Lügen schaffts‘ Amt“ erleben möchte, meldet sich bei:

Genossin Ferber: Tel.-Nr. 325660

Genossin Thiele: Tel.-Nr. 4001418

Bewegende Diskussion bei der Vorstellung des Minibuches „Lebenszeiten“

Der Raum war zu klein, selbst die Stühle – aus anderen Räumen des Hotels „Zur Alten Oder“ herbeigeschafft – reichten nicht. Einige harrten auch auf Stehplätzen aus. Zwei Gründe für das große Interesse der Frankfurter:

1. Hans Modrow war angekündigt und kam auch
2. Das neueste Buch der beliebten Reihe „Rote Feder“ wurde vorgestellt.

René Wilke eröffnete und begrüßte Gäste, Freunde und Genossen, fand lobende Worte für Erik Rohrbach, den Initiator dieser einmaligen Veröffentlichungsreihe über gelebtes Leben in einem Land, das es nicht mehr gibt.

Am 21. Februar ging es um die Neuerscheinung „Lebenszeiten“, zu dem Hans Modrow das Vorwort geschrieben hat. Mit ihm hatten die Autoren Dr. Horst Dahlmann, Erik Rohrbach, Prof. Dr. sc. Dr. h.c. Erich Rübensam und Gerhard Stockenberg vor dem Publikum Platz genommen.

Im Publikum ebenfalls anwesend: Gabriele Oertel, stellvertretende Chefredakteurin des nd. Sie hat die von Erik Rohrbach initiierte Bewegung „Greif zur Feder, Genosse“ über das „nd“ publik gemacht, so dass für die Neuerscheinung „Lebenszeiten“ selbst eine Autorin aus der Schweiz gewonnen werden konnte. Frau Louise Stebler-Keller ist Leserin des „nd“ und war sehr angetan von der Aktion. Erik Rohrbach übermittelte dem Publikum ihre Grüße, die Reise von Basel bis in unser Frankfurt wäre ein zu große Belastung für sie gewesen.

Die Autoren stellten sich mit kurzen Erläuterungen zu Anlass oder auch zum Inhalt ihres Beitrags den Fragen der Zuhörerschaft. Hans Modrow betonte die Bedeutung solcher Veröffentlichungen, denn „Geschichte wiederholt sich nicht“, und wer, wenn nicht wir Älteren, können, ja müssen für die Nachgeborenen gelebte und erlebte Geschichte aufschreiben. Denn die DDR-Geschichte denen zu überlassen, die in der DDR nicht nur die zweite, sondern die schlimmere Diktatur sehen, hieße Geschichtsfälschung hinnehmen, hieße unser Leben verleugnen. Zu beobachten ist die völlige Negation der politischen und wirtschaftlichen Leistungen der DDR, ob es um die freundschaftlichen Beziehungen zu Polen und anderen Staaten geht, den sozialen Leistungen oder den Leistungen auf dem Gebiet von Bildung und Kultur. So erinnerte Prof. Dr. Rübensam an Forschungsergebnisse der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, auch an Durchsetzungskämpfe, die mitunter nötig waren und dafür Verbündete wie Hans Modrow hatte.

In der Diskussion ging mir vor allem eine Wortmeldung sehr nahe. Frau S. Netzker, keine Genossin, auch vor 1989 nicht, sah sich mit der Frage ihres Enkels konfrontiert: „War Opa ein Verbrecher?“ Ihr Mann war Volkspolizist. Kann man sich die Schmerzen und Verletzungen vorstellen, die solche Fragen bereiten? Nicht Plötzensse ist der Ort des Verbrechens in der bundesdeutschen Geschichtsdarstellung, sondern Hohenschönhausen. Und dagegen müssen wir uns wehren, Mut ist gefragt und unsere Solidarität, sie ist eine wichtige Stütze und gibt uns Kraft.

E. Schleese

Aus der Arbeit des Kreisvorstandes

In eigener Sache:
Im Jahresplan Roter Hahn 2012 hat sich die ehrenamtliche Redaktion vorgenommen, diese neue Rubrik zu gestalten. In loser Folge wollen wir, Anregungen aus Basisorganisationen folgend, in Kurzform aus der Arbeit des Kreisvorstandes informieren.

Nach unserem Kreisparteitag wurden bisher zwei Beratungen des Kreisvorstandes durchgeführt. Auf der ersten Tagung des am 10. Dezember neugewählten Kreisvorstandes wurden auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden Rene Wilke Sandra Seifert und Erik Rohrbach als stellvertretende Kreisvorsitzende gewählt.

Im Mittelpunkt der beiden Kreisvorstandssitzungen standen die Beschlussfassung des neuen Arbeitsplanes für das erste Halbjahr 2012, unsere Vorbereitungen zum 20. Brückenfest am 1. Mai, der Landesparteitag, die Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung und unsere Vorschläge dazu, der Jahresplan des Roter Hahn 2012 und die Vorbereitung der Klausur der Fraktion.

Der Kreisvorstand beriet eine abschließende Information zur Auftragserteilung für unser Miniaturbuch „20 Jahre Brückenfest 1993-2012“, einem festen Bestandteil unseres Beschlusses zur Parteireform und des Leitantrages.

Gegenstand der Arbeit des Kreisvorstandes waren auch der Jahresbericht Finanzen 2011. Rene Wilke, Erik Rohrbach, Kerstin Meier und Werner Kulla unterbreiteten dem Kreisvorstand Berichte und Beschlussvorschläge zu den genannten Themen. In unseren Gesamtmitgliederversammlungen und im Roten Hahn werden wir darüber berichten.

Pressemitteilung des Kreisvorsitzenden:
Bilanz des Stadtumbaus ist verheerend

Frankfurt (Oder), 15.02.2012
Zur Entscheidung des Oberbürgermeisters die Abrissliste von der Tagesordnung der kommenden Stadtverordnetenversammlung herunter zu nehmen, erklärt der Kreisvorsitzende der Partei DIE LINKE. in Frankfurt (Oder), René Wilke:

Ich begrüße die Entscheidung des Oberbürgermeisters, sie kommt nur leider sehr spät. Schon im Oberbürgermeisterwahlkampf hat Herr Dr. Wilke angekündigt, das Thema Stadtumbau zur "Chefsache" zu machen. "Stadtumbau neu denken" war sein Slogan. Davon war bisher nichts zu spüren. Vielmehr gab es eine Fortsetzung all dessen, was seit Jahren zu Recht für große Unzufriedenheit und Unverständnis in der Bevölkerung gesorgt hat. Der Oberbürgermeister hat diese Prozesse bisher nicht geführt.

Die Bilanz des Stadtumbaus ist verheerend:
- ca. 30% der vom Stadtumbau betroffenen MieterInnen von Wohnbau und Wohnungswirtschaft sind nicht mehr Mieter dieser Wohnungsgesellschaften. Sie sind in den privaten Wohnungsmarkt gewechselt oder aus der Stadt gezogen.
- Ausgleichswohnraum im Niedrigpreissegment steht nur unzureichend zur Verfügung.
- Die Verfügbarkeit von altersgerechten Wohnungen ist ernsthaft bedroht.
- Der Stadtteil Neuberesinchen - mit seiner ausgebauten Infrastruktur - ist in seiner Funktionsfähigkeit stark gefährdet.
- Mehrfachumzüge sind - entgegen aller Zusagen - keine Ausnahme, sondern die Regel geworden.

Es ist höchste Zeit für neue Weichenstellungen und dafür, den Stadtumbau tatsächlich "neu zu denken". Dass der Oberbürgermeister dies nun auch erkannt hat, begrüße ich.

DIE LINKE. fordert im Zuge der Verhandlungen zur Fortschreibung der Kooperationsvereinbarung sowohl die Einhaltung der bisher getroffenen Vereinbarungen als auch:
- Eine konsequente Schwerpunktsetzung zur Stärkung des Mietwohnungsmarktes.
- Eine deutlich stärkere Berücksichtigung der Bevölkerungsinteressen: Der Stadtumbau darf nicht nur an den Interessen der Wohnungs- und Versorgungsunternehmen ausgerichtet werden.
- Das Einholen aktueller Analysedaten zur Bevölkerungsentwicklung anhand derer realistische Zukunftsprognosen entwickelt werden können, um einen differenzierten, an realen Wohnungsbedarfen orientierten Rückbau zu gewährleisten.
- Mit der Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzepts ist eine nachfrageorientierte städtische Strategie zu Qualität und Struktur des Mietwohnungsmarktes und seiner mittelfristigen Entwicklung zu erarbeiten. Dabei sind besonders die generationsgerechten Bedarfe sowie die von jungen Familien, Beschäftigten, Studenten, Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Empfängern von Transferleistungen (u.a. SGB II, SGB XII, EU-Rentner) zu bezeichnen.
- Mit der Erarbeitung eines qualifizierten Mietspiegels ist zugleich die Relevanz für die Anerkennung der Kosten der Unterkunft (KdU) sicher zustellen.
- Mit der Bündelung aller anwendbaren Förderinstrumente aus der Städtebau- bzw. der Investitionsförderung sind sozialverträgliche Mieten zu stützen, um der tatsächlichen Nachfrage zu entsprechen, Entmischung in den Wohnquartieren zu begegnen und die Angebotsbreite für Mieter und Wohnungsgesellschaften zu erhöhen.
- Mit Land und Bund muss verhandelt werden, um sicher zu stellen, dass – ergänzend zum Grundprinzip der Stärkung der Innenstadt - die Stadtteile Nord, Süd und Neuberesinchen, die am stärksten vom Rückbau betroffen sind, Aufwertungsmittel zur Funktionserhaltung bekommen.
- Auch bei angespannter Haushaltslage ist die kommunale Kofinanzierung sicher zu stellen.

Darüber hinaus schlagen wir vor:
- Eine Diskussion zum Erhalt von Würfelhäusern, um altersgerechten Wohnraum sicher zu stellen.
- Ein kommunales Programm für soziale Wohnungspolitik.
- Einen Lastenausgleich zwischen dem privaten und dem öffentlichen Wohnungsmarkt, der die Kosten des Stadtumbaus nicht einseitig den vom Rückbau betroffenen Wohnungsgesellschaften anlastet.

René Wilke

24. März 2012
Frankfurt (Oder) - Kein Ort für Nazis!

Eine neue Herausforderung – Mitglied im Kreisvorstand

Mit meiner Mitarbeit im Kreisvorstand habe ich die Möglichkeit mich stärker als bisher gesellschaftlich zu engagieren und gleichzeitig meine langjährigen Erfahrungen als BO - Vorsitzender im Stadtteil West einzubringen. So hoffe ich (und meine Genn. und Gen. Der BO erwarten dabei auch einiges von mir), die Verbindung zum Kreisvorstand zu ermöglichen und aus "1. Hand" informieren zu können. Das ist natürlich keine Einbahnstraße, auch von ihnen werden Impulse in unsere Arbeit eingehen.

Wir "Jüngeren" tragen natürlich auch eine hohe Verantwortung dafür wie unsere Partei - DIE LINKE - nach innen und außen sich darstellt, wie sie in gesellschaftliche Prozesse einwirkt und sie verändert. Unter anderen auch aus diesem Grund will ich die Arbeit der AG Senioren aktiv unterstützen und somit ist deren Tätigkeit auch ein wichtiger Punkt im Arbeitsplan des Kreisvorstandes. Dazu gehört auch den Kontakt zur Senioren - AG des Landes in Potsdam zu halten und die dortigen Erfahrungen und Beschlüsse für uns nutzbar zu machen. So z.B. die Arbeit des seit vorigen Sommer in der Stadt etablierten Pflegestützpunktes zu unterstützen. Solange man selbst kein Betroffener ist, macht man sich keine Gedanken darum. Tritt aber ein Pflegefall ein, entstehen viele Fragen und Probleme und die Angehörigen stehen dann mit diesen nicht allein. Deshalb ist es wichtig, diese Einrichtung bekannt zu machen, beim Bilden größerer Netzwerke zu helfen und die Gründung einer Außenstelle in Nord anzuregen. Oder auch dem Seniorenbeirat der Stadt mehr verbindliche Stimme in Stadtparlament und -verwaltung zu verschaffen. Dabei kommt es stets darauf an, die Stadt nicht aus ihrer Verantwortung zu lassen.

Dafür braucht es die Zusammenarbeit des Kreisvorstandes, der Fraktion, den BO - Vorsitzenden und allen Mitgliedern. Somit gibt es viel zu tun und ich hoffe, wir können in kleinen Schritten einiges bewirken.

Elke Thiele

Gedanken über König Friedrich II.

Ein Teil meiner Schulzeit fiel in die Jahre des III. Reiches, der Herrschaft des deutschen Faschismus, der Nationalsozialisten. Der Preußenkönig Friedrich II. wurde uns als Vorbild dargestellt - Disziplin, Gehorsam, Soldatentum!

Der UFA - Film "Der große König" zeigte Friedrich II. als den großen Feldherrn, der Schlachten gewann aber auch verlor. Auf jeden Fall war das Schlachtfeld ein Feld der Ehre.

Im Jahre 1952 kam ich als sehr junger Lehrer ins Oderbruch. Zu dieser Zeit wurden junge und möglichst ledige Lehrer für dieses "Notstandsgebiet" (Kriegszerstörung, Folgen des Hochwasser 1947) gesucht - wir gingen alle freiwillig!

Bei Elternbesuche stellte ich fest, dass in zahlreichen Wohnungen Friedrich II. auch anwesend war - als Bild, als Reiterhoch zu Ross, als Büste. Schließlich fragte ich dann - "Warum verehrt Ihr Friedrich den II."? Die Antwort - "Wenn Friedrich II. die Trockenlegung des Oderbruches nicht veranlasst und geleitet hätte, wären wir nicht hier - deshalb." Mir wurde klar - "Ramm, wenn Du Dich nicht vom Sachsen zum Preußen wandelst, wird es schwierig werden."

Bei dieser Auseinandersetzung mit Preußen und mit Friedrich II. erhielt ich durch ein Buch von Frau Professor Ingrid Mittenzwei positive Anregungen. Sie schrieb 1980 ein Buch mit dem Titel "Friedrich II. von Preußen". Sie schrieb über "....das katastrophale wie segenreiche Wirken des Königs.." und stellte einen Gedanken voran -"..man darf bedeutende historische Persönlichkeiten nicht nach den Maßstäben der Gegenwart messen und bewerten, man muss sie mit den Maßstäben ihrer Zeit messen und bewerten...."

Das ist eine dialektische Sichtweite - und so sollte auch Friedrich II. gemessen und bewertet werden. Wir sollten diese Sichtweise auch praktizieren. Die Urania Frankfurt (Oder) führt am 21. April 2012, 10:00 Uhr, im alten Kino von Letschin, eine Veranstaltung zur aktuellen Entwicklung im Oderbruch durch - schade, dass der Alte Fritz nicht mehr teilnehmen kann - was würde er wohl zu den gegenwärtigen Problemen und Zuständen im Oderbruch sagen.

Dr. Rudi Ramm

Aus einem Leserbrief an das neue deutschland: Der Traum von einer...

...ganz besonderen Bibliothek (nd vom 24./25.12.2011) lebt. Rolf Fundas Idee, Lebenserinnerungen von Bürgern der DDR zu sammeln, die ich aus vollem Herzen unterstütze, findet immer noch große Resonanz. Bisher habe ich mehr als vierzig Briefe und Mails dazu erhalten, nicht mitgerechnet die zahlreichen Anrufe. Sechs Leser des „nd", jüngst Wolfgang Selle aus Potsdam, schickten mir Manuskripte. Sie verbanden das mit der Frage, ob sich ihr geschriebenes Wort für eine Veröffentlichung in Buchform eignet, Natürlich habe ich alle Texte gelesen und die mir gestellten Fragen beantwortet.

Die persönlichen Gespräche mit völlig verschiedenen Menschen und Lebensläufen, lassen sich in einem Satz zusammenfassen: "Wir machen gern mit, weil wir die Bewertung unseres Lebens in der DDR nicht denen überlassen wollen, die nie hier gelebt haben". Dabei haben die Manuskripte mit einer Verklärung des Lebens in der DDR oder Nostalgie nichts zu tun. Wenn wir am 21 Februar das Miniaturbuch „Lebenszeiten" von fünf verschiedenen Autoren mit einem Vorwort von Hans Modrow und am Vorabend des 20.Brückenfestes am 1.Mai eine neue Edition von 33(!) verschiedenen Autoren präsentieren, -das sind würdige Beiträge für eine ganz besondere Bibliothek.

Erik Rohrbach

Zum Kommentar "Friedensgedanken" von Erik Rohrbach im Roten Hahn 01.2012

Das ist ganz wichtig den Friedensgedanken unseren Menschen immer wieder nahezubringen.

Ich war 2007 zu einem Treffen der ehemaligen Starfighterpiloten eingeladen und habe dort einen Vortrag zum Einsatz der MiG-21 in den Luftstreitkräften der DDR gehalten.

Dort habe ich auf eine Frage unter anderen ausgeführt. „Keine Armee der Welt ist mehr in der Lage in einen mit modernen Waffen geführten Krieg seine Hauptaufgabe, das eigene Volk und das eigene Land vor Tod und Zerstörung zu schützen, zu erfüllen. Und wir als ehemalige Militärs wissen genau was passiert wenn die Waffen sprechen. Wir kennen die Waffenwirkung. Deshalb muss die Politik hier endlich was ändern und nicht immer nur auf militärische Stärke setzen, zur Lösung der Probleme in der Welt."

Auf diese Aussage hin bekam ich mitten in meiner Rede Beifall. Das hat mich erst einmal sehr erstaunt. Auch meine ehemaligen Gegner haben diese Einsicht, Krieg darf kein Mittel mehr sein zur Durchsetzung politischer Ziele. Auch betonten mehrere ehemaligen Offiziere der Bundeswehr im persönlichen Gespräch mir gegenüber: „Die Bundeswehr muss sofort raus aus Afghanistan, wir haben dort nicht zu suchen."

Warum begreifen das nicht die Politiker der Welt, dass Krieg kein Mittel der Politik mehr sein kann? Sie alle reden vom Frieden und rüsten was das Zeug hält zum Krieg.

Wir sollten auch unseren jungen Menschen solche Argumente auf den Weg geben, damit sie nicht den Werbern der Bundeswehr in den Schulen auf den Leim gehen. Bekommt die Bundeswehr keinen Nachwuchs, ist die Politik gezwungen Friedenspolitik zu machen.

Peter Ziegert

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ehren

Mit der letzten Ausgabe des Roten Hahn haben wir durch Beiträge von Karl Heinz Krüger und Volker Link davon Kenntnis erhalten, dass es Personen gibt, die eine Namensänderung des Gymnasiums "Karl Liebknecht" betreiben. Sie halten wie in einer Festschrift der Schule zu lesen ist "die Verfolgung einer Traditionslinie Karl Liebknecht wohl für nur schwer zu vermitteln".

Es ist empörend, dass die Erinnerung an Karl Liebknecht, der gemeinsam mit Rosa Luxemburg seit 1914 das Volk aufrief, sich dem vom deutschen Kaiserreich entfesselten Eroberungskrieg zu widersetzen, dafür eingekerkert und schließlich ermordet wurde, aus dem Gedächtnis der jungen Generation getilgt werden soll. In welcher Tradition wollen die Betreiber der Namensänderung das Gymnasium zukünftig stellen? Etwa in der Tradition der Mordgesellen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und der Tradition derjenigen die dann den 2. Weltkrieg mit über 50 Millionen Toten anzettelten?

Wir stellen uns hinter den Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE, der sich für die Beibehaltung des Namens "Städtisches Gymnasium I, Europaschule "Karl Liebknecht" einsetzt. Für uns war es selbstverständlich der Schulleitung unseren Standpunkt mitzuteilen.

Wir bitten alle Leserinnen und Leser des Roten Hahn mit dazu beizutragen, dass das schändliche Vorhaben dem Gymnasium den Ehrennamen Karl Liebknecht zu nehmen, vereitelt wird.

Käte Heuer , Günther Peschke

Karl Liebknecht Gymnasium Frankfurt (Oder) | Foto: W. Wallroth

Liebknechts Name und Identität

Aus einem nicht veröffentlichten Beitrag an die Märkische Oderzeitung als Antwort auf einen Artikel vom 19. Januar 2012 in der MOZ

Na, da hat Laura Hoffmann den Kern des Problems erfasst. Die Schüler kennen ja Karl Liebknecht nicht. Er ist ihnen sozusagen „Wurscht". Karl Liebknecht als Phantom unbekannt, oder sogar, oh Gott, ein Kommunist. Woher, liebe Laura Hoffmann sollen die Schüler der Schule Karl Liebknecht kennen, wenn ihnen dieser Mensch von den Eltern, den Lehrern und der Schule nicht bekannt gemacht wurde?

Ich empfinde es als schlimm, wenn in dieser Gesellschaft über Menschen der Stab gebrochen wird, die ihrem Leben Vorbild, gerade auch für junge Menschen sein sollten. Karl Liebknecht war für mich ein unbestechlicher Mensch, der sich bedingungslos für eine andere Gesellschaft eingesetzt hat.

Für eine Gesellschaft ohne Krieg und Ausbeutung durch das Kapital. Er hat als einziger Abgeordneter die vom Reichstag bewilligten Kriegskredite abgelehnt. Nicht nur deshalb war er der Reaktion ein Dorn im Auge. Seine Ermordung - ihr Ausweg!

Fast hätte ich es vergessen, wir befinden uns ja in einer freiheitlich, profitablen Ordnung! Wann wird die Geschichte von Rosa Luxemburg, Karl Marx und Friedrich Engels umgedeutet und dem Zeitgeist angepasst? Das fragt sich ein sehr besorgter

Gerhard Stockenberg

Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen 1. Halbjahr 2012 (RotFuchs und andere Vereine)

02. März, Freitag
Mitglieder- und Leserversammlung der Regionalgruppe;
Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des RotFuchs-Fördervereins zum Thema: 14 Jahre RotFuchs - weiter für die Aktionseinheit der linken Kräfte!

13. April, Freitag
Die Linke nach dem Erfurter Parteitag
Mit Ellen Brombacher, Sprecherrat der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE.

16. April, Montag 17:00 Uhr
Am Ernst-Thälmann-Denkmal im Kleistpark:
Gedenkveranstaltung aller linken Parteien, Vereine und Verbände zum 126. Geburtstag Ernst Thälmanns.
(Gemeinsame Veranstaltung von KPF Frankfurt (Oder) und RotFuchs)

27. April, Freitag
Politische Fernsehpublizistik in beiden deutschen Staaten und heute
Mit Heinz Grote, langjähriger Chefredakteur der Aktuellen Kamera des DDR-Fernsehens.

25. Mai, Freitag
Die Offensive des Antikommunismus in Polen und weiteren osteuropäischen Ländern
Mit Prof. Dr. Zbigniew Wiktor, Wroclaw.

06. Juli, Freitag
Wie kommen wir aus der Krise?
Mit Dr. Klaus Blessing, Zeuthen.

Alle Veranstaltungen finden jeweils von 15:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr, in den Räumen der Volkssolidarität Frankfurt (Oder), Logenstraße 1, statt. Ausnahme ist die Gedenkveranstaltung für Ernst Thälmann am 16. August.

Impressum

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 4002047
Telefax: (0335) 4002031
Email: geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de

Ehrenamtliche Redaktion
Gudrun Lindner, Ella Schleese,
Horst Dahlmann, Rolf Jenichen,
Eberhard Plehn, Erik Rohrbach, Willi Wallroth

Druck
Eigendruck
Auflage
600
Redaktionsschluss dieser Ausgabe
23.02.2012

Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.
Die Rechte an den Bilder liegen, wenn nicht anders gekennzeichnet, beim jeweiligen Fotografen.

Ami go home!

Kürzlich verkündete US-Präsident Obama seine neue Militärstrategie. „Prioritäten für Verteidigung im 21. Jahrhundert“. Verteidigung Amerikas im Irak etwa, wo innerhalb von 9 Jahren 4487 GIs und weit mehr Iraker ums Leben kamen? Der Irakkrieg, so der Friedensnobelpreisträger, ist „eine außerordentliche Errungenschaft“ des amerikanischen Militärs.

Aber die Kosten! Ökonomisch effizienter, kleiner und flexibler soll die Armee strukturiert werden. Mit weniger Soldaten, dafür noch gefährlicheren Waffen, mit mehr Hightech sollen die geostrategisch entscheidenden Positionen der globalen amerikanischen Interessen gesichert werden. Aktuell bedeutet das, Kräfte zu bündeln für den asiatischen Raum um z.B. China, dem schnell wachsenden Konkurrenten zu zeigen wer in der Welt bestimmt, wer über Krieg und Frieden entscheidet. Europa gilt als sicheres Hinterland, eher als „Sicherheitsproduzent“, denn als „Konsument“ Nun sollen 2 von 3 noch immer in der BRD stationierten Brigaden abgezogen werden. Noch unbestätigt sind voraussichtlich die Standorte der Infanteriebrigaden Baumholder (Rheinland – Pfalz) und Grafenwöhr (Bayern) betroffen. Zur Erinnerung: Die Sowjetarmee wurde nach der Beseitigung der Staatsgrenze zwischen DDR und BRD mit allerlei Versprechungen nach Hause geschickt. Die Amerikaner blieben. Mehr noch, die NATO – Osterweiterung wurde doch vollzogen und die USA richteten in Osteuropa neue militärische Stützpunkte ein. Wozu? Gegen wen? Noch ist lediglich die weitere Reduzierung dieser historisch absurden USA – Besatzungstruppen angekündigt, doch schon kommt deutsches Bedenken. Was wird aus diesen Standorten, den Arbeitsplätzen, den verlustigen Umsätzen in Handwerk, Handel und Gastronomie? Bitte – möchte ich laut rufen, liebe bayrische und Rheinland - pfälzische Kommunal – Landes – und Bundespolitiker, macht euch darüber schnell einen Kopf und helft wirksam den Kommunen. Doch zuerst und vor allem freut euch! Freut euch mit den Soldaten und ihren Familien die endlich in ihre Heimat zurück können.

Ja, freut euch, ich bin sicher, mit der überwiegenden Mehrheit der Bürger der BRD, dass endlich ein konkreter Schritt in Richtung endgültiges Ende der Nachkriegszeit, Schluss mit der Anwesenheit ausländischer Streitkräfte in Deutschland erfolgt.

Immerhin sind es derzeit als sogenannte Gastarmeen incl. Zivilpersonen noch immer ca. 60.000 US-Bürger, 3500 Franzosen, 600 Niederländer und 20.000 Bürger Großbritanniens, die nach Aussagen ihrer Regierung bis zum Jahr 2020 die BRD verlassen werden.

„Go home, Ami Ami, go home” – mit welcher Ernsthaftigkeit und Begeisterung haben wir mit hunderttausenden jungen Menschen zu und nach den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten 1951 in Berlin dieses Lied gesungen!

Wird es doch noch wahr?

Die sicherste Garantie für dauerhaften Frieden in Deutschland, in Europa und weltweit besteht darin, dass alle Staaten ihre Streitkräfte ausschließlich zum Schutz auf eigenem Territorium stationieren. Die BRD verteidigt man am Hindukusch so wenig wie Amerika im Irak oder Afghanistan! Die Völker wissen genau dass es um Macht, um Zugriff auf Rohstoffe und Ressourcen geht. Aber warum nicht mit ausschließlich friedlicher Verständigung und gerechtem Interessenausgleich, warum nicht menschlich unter Menschen?

Mein Freund, unser jahrzehntelanger Mitstreiter für Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt Helmut Preißler, der uns leider im Dezember 2010 verlassen musste, hinterließ uns „Politisches Vor Der Jahrtausendwende 1995 – 1999“ Es sind Texte, hochaktuell und zum Nachdenken anregend.

Hans Hörath

Entwicklungshilfe

(Helmut Preißler)

Was sind wir doch tüchtig, wir Europäer
und die Europäer im Weißen Haus;

Wir kaufen bei Unterentwickelten billig,
was wir so brauchen für unseren Fortschritt
-Erdöl zum Beispiel, auch Reis und Bananen-
und zahlen mit dem,
was wir Dank unsres Fortschreitens
nicht mehr gebrauchen:
-nur wenig veraltete Waffen zum Beispiel-,
und wir entwickeln sie so.

Wir helfen auch selbstlos,
die rechte Ordnung zu finden,
den rechten Herrscher
und richtige Partner für ihren Fortschritt,
und wenn's dennoch falsch läuft
mit der Entwicklung,
helfen wir, das so Entwickelte
rasch zu zerschlagen,
die Bösen zu strafen, die Guten zu fördern
und sich neu zu entwickeln...

Freilich
fließt dabei manchmal auch Blut,
und manch Volk wird arg durchgeschüttelt,
doch immer noch ist's uns gelungen,
den Völkern das zu bewahren,
was wir förderhin brauchen
für unseren Fortschritt, der möglich macht,
das die Volker voranschreiten.

Bemerkenswert

(Helmut Preißler)

Europäer
haben die Völker Amerikas
ausgerottet-
so wurden sie Amerikaner.

Die sind sehr besorgt nun
um die Freiheit der Völker.

Wir setzen die Textfolge von Helmut Preißler in den nächsten Ausgaben „Der Rote Hahn“ fort.

Erinnern für die Zukunft!

„Breitbeinig saß der Tod vor ihnen,....!“ (Zitat von Carmen Winter)

Dazu hatte die Stadt ins Kleistforum geladen, anlässlich des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus.

Erinnern, dies kann auf viele Weise geschehen. In Stille, in Einsamkeit, in einer Gruppe, allein, oder laut schreiend. Am späten Nachmittag des 27.01.2012 versammelten sich Freiwillige, Pflichtbewusste und Interessierte, die an die schrecklichste Zeit der Deutschen Geschichte denken wollten- Wir waren Wenige nur. Warum?

Ist den vielen Menschen dieser Stadt diese Geschichtszeit nicht mehr bekannt? Ist die Geschichte nicht allgegenwärtig in unserer Zeit? Mahnen nicht Berichte in den Medien ausreichend, dass brauner Terror, gestützt durch staatliche Institutionen, wieder „arbeiten“ kann? Stehen nicht umfassend Mahnstelen, hängen nicht unzählige Tafeln an den Häuserwänden? Sind nicht viele Stolpersteine verlegt worden? Zieren nicht Namenschilder die Straßen und Schulen in Deutschland? Keiner kann leugnen, er wisse von Nichts! Die Ausrede gilt nicht mehr! Und wie mahnt Frankfurt(Oder)?

Schwermütige Musik umrahmt eine Zitatensammlung, eine Aneinanderreihung von Niederschriften deutscher und polnischer Schüler (vorgetragen von Carmen Winter und Katja Hamel), die bei Besuchen in den Konzentrationslagern Sachsenhausen, Ravensbrück und Auschwitz gemacht wurden. Einleitende Worte durch den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt(Oder) sollten die notwendige Schwere des Themas vermitteln. Eine Andacht und ein Kaddisch beendeten dann diese Mahnung. Mehr nicht und anders war es auch nicht. Wie jedes Jahr. Ein Wunder, dass die Pflichtbewussten keine Ausrede fanden. Eine Ausrede für Gleichklang, Schwermutigkeit und eine unverständliche Rede, die mit verschränkten Händen und Hoffnungsworten geführt, aber an Deutlichkeit der aktuellen Situation in Deutschland keine Rechnung getragen hat. Wo war die Warnung und Mahnung vor Naziaufmärschen, die auch in Frankfurt(Oder) wieder stattfinden sollen. Wo ist der Aufschrei, wenn Fremdenhass an europäischer Grenze keinen Halt macht? Ist Mahnung nicht anders? Ist Wachrütteln nicht besser? Ist Menschen deutlich warnen nicht entscheidender, dass bei der nächsten Mahnstunde Viele kommen und brüllen:„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ Sonst verhallen Worte von Carmen Winter und Katja Hamel und bleiben ungehört:

„Der Tod wird satt, Tag für Tag!“

Frank Heck

Erste Wahlkreiswoche unseres Bundestagsabgeordneten Thomas Nord im Jahr 2012

Die erste Wahlkreiswoche im neuen Jahr war für den Bundestagsabgeordneten wieder einmal sehr abwechslungsreich und informativ.

Neben Antrittsbesuchen bei neu- bzw. wiedergewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Rietz-Neuendorf, Tauche, Steinhöfel und Grünheide besuchte er auch die Firma Dynea in Erkner, die auf die Herstellung von Phenolharzen spezialisiert ist. Vor der Wende wurden dort, noch unter der Firmenbezeichnung "VEB Plasta Erkner", viele Karosserieteile für den Trabant hergestellt.

Das zwischen einer überregionalen Bahnstrecke und einer viel befahrenen Straße gelegene Unternehmen würde aufgrund voller Auftragsbücher auch gerne am Wochenende produzieren, wird jedoch aufgrund eines um zwei Dezibel zu lauten Lüfters dabei ausgebremst. Apropos Lärm: Am vergangenen Freitag sprach Thomas Nord mit der Bürgerinitiative "Gosener Wiesen" über solchen, den Flugzeuge beim Starten und Landen erzeugen. In einer sachlich-konstruktiven Gesprächsatmosphäre wurden erste Überlegungen angestellt, wie ein vernünftiger Lärmschutz für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden kann. Thomas Nord wird sich dazu in Zukunft einmal im Monat mit der Bürgerinitiative vor Ort austauschen.

In Frankfurt (Oder) traf er dann auf Vertreter von First Solar, um sich über die Situation der Solarbranche zu informieren und über mögliche bundes- und europapolitische Weichenstellungen zu diskutieren. Die Lage ist ernst. Um Arbeitsplätze zu erhalten und den Standort zu sichern, muss die Bundesregierung endlich für verbindliche und verlässliche Rahmenbedingungen sorgen. Das nimmt Thomas Nord direkt mit in den Bundestag. Mit anregenden Diskussionen ging es auch danach bei Gesprächen mit dem neuen Geschäftsführer des Investor Center Ostbrandenburg (ICOB) und dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) weiter. Das Themenspektrum reichte von der zukünftige Ansiedlungsstrategie und existenzsichernden Arbeitsplätzen bis hin zur Erhöhung der Attraktivität von Frankfurt als Arbeits,- Wohn- und Einkaufsstandort. Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister diskutierten Thomas Nord und Herr Dr. Martin Wilke über Frankfurts Rolle in einer Kreisgebietsreform. Klar ist: Frankfurt muss als Oberzentrum der Region gestärkt werden.

Im Anschluss an die eigentliche Wahlkreiswoche wollte der Abgeordnete dann aber auch noch wissen, wie es mit dem geplanten neuen Kunstarchiv der Burg Beeskow weitergeht. Die beantragte EU-Förderung wurde im Oktober letzten Jahres leider abgelehnt. Deshalb brachte Thomas Nord dieses Mal seine Fraktionskollegin Luc Jochimsen mit nach Beeskow, um mit ihr und dem Team der Burg über Fördermöglichkeiten des Bundes zu reden.

Frithjof Bastian, René Wilke

An den Landtag Brandenburg
Fraktion DIE LINKE

Liebe Genossin Kaiser,

von der Veröffentlichungen über die unterschiedlichen Bewertungen des Berichtes zur Überprüfung der Mitglieder des Landtages, hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit dem MfS kenntnisnehmend, erklären wir aus unserer gemeinsamen Mitgliederversammlung unsere Solidarität mit unserem in Frankfurt (Oder) direkt gewählten Abgeordneten Axel Henschke, sowie mit Gelinde Strobrawa und Hans Jürgen Scharfenberg. Sie haben ihre Verbindung zum MfS während bzw. unmittelbar nach der politischen Wende offen gelegt und dazu immer wieder Rede und Antwort gestanden.

Wohl auch deswegen erhielten sie mehrmals großes Vertrauen der Wähler für die Arbeit in den kommunalen Volksvertretungen und schließlich für den Landtag. Die Forderung der Opposition nach einer Neubewertung ihres Verhaltens, 22 Jahre nach der staatlichen Einheit, ohne dass neue Erkenntnisse vorliegen, kann nur das Ziel haben, sie psychisch zu beeinträchtigen,' sowie die Regierungskoalition zu beschädigen.

Wir bekunden Axel Henschke, Gerlinde Strobawa und Hans Jürgen Scharfenberg unser Vertrauen. CDU, FDP und Grüne sollten, statt des Versuches, Persönlichkeiten die sich zwei Jahrzehnte für Demokratie und sozialem Zusammenhalt im Land eingesetzt haben, in Misskredit zu bringen, ihre Energie zur Eindämmung der Umtriebe von Neonazis und ausländerfeindlichen Extremisten, von denen fast täglich die Medien berichten, verwenden.

Edith Krüger,
Vorsitzende der Basisorganisation N 04

Günther Wullekopf,
Vorsitzender der
Basisorganisation N 05